

Helmut Rau MdL

Minister für Kultus, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg

**Bildungspolitische Schwerpunkte
in Baden-Württemberg**

Es gilt das gesprochene Wort.

Stuttgart, 20. Februar 2008, 10.30 Uhr

Anrede

Ich halte es für ein gutes Signal, dass die Kommunalen Landesverbände ihren gemeinsamen Bildungskongress hier auf der didacta veranstalten. Die Messe ermöglicht Austausch und Diskussion zu aktuellen Bildungsthemen, bietet Begegnungen zwischen allen am Bildungswesen Beteiligten und präsentiert Lehrmittel und Materialien rund um die Bildung.

Bildung braucht Partner. Die Städte, die Gemeinden und Landkreise sind bedeutende Partner, ohne die Bildung nicht denkbar und nicht zu verwirklichen ist. Das zeigt sich beeindruckend auch in der großen Zahl der kommunalen Vertreter, die heute anwesend sind.

„Bildungspolitische Schwerpunkte in Baden-Württemberg“ lautet mein Thema und wir haben vereinbart, dass ich dabei in der mir zur Verfügung stehenden Zeit einen Schwerpunkt auf Fragen der Schulentwicklung, insbesondere der Zusammenarbeit von Hauptschule und Realschule setzen werde.

Hauptschulstandorte

Die zurückliegenden Jahre und Jahrzehnte waren quantitativ geprägt durch Expansion, durch steigende Schülerzahlen und intensiven Schulhausbau. Diese Phase ist wohl unwiederbringlich vorbei. Die Schullandschaft wird sich verändern. Wir können uns den demografischen Fakten nicht verschließen.

Aktuell betrifft dies die Weiterentwicklung der Hauptschulstandorte in Baden-Württemberg. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Hauptschulen wird nach den Schätzungen des Statistischen Landesamtes in den kommenden Jahren weiterhin stetig zurückgehen, stärker als in den anderen Schularten. Landesweit werden im Schuljahr 2012/2013 voraussichtlich ein Fünftel weniger Jugendliche die Hauptschulen besuchen als noch im Schuljahr 2004/2005.

Wir brauchen zukünftig arbeitsfähige und handlungsfähige Einheiten. Ohne eine entsprechende Größe lässt sich ein differenzierteres und qualitatives Bildungsangebot für unsere Schülerinnen und Schüler nicht aufrechterhalten.

Das Kultusministerium und die kommunalen Landesverbände haben daher gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten gesucht und Vorschläge erarbeitet, um eine effektivere und zukunftssichere Standortstruktur für den Bereich der Hauptschulen zu schaffen.

Diese reichen von Kooperationen zwischen benachbarten Schulen über Zusammenlegungen bis zur Bildung von gemeinsam verantworteten Schulverbänden.

Die Handlungsempfehlungen hierzu liegen den Städten und Gemeinden als gemeinsamer Leitfaden für die weiteren Planungen vor. Sie sind aufgefordert, örtlich beziehungsweise regional abgestimmte Lösungsansätze zu entwickeln und mit der Schulverwaltung zu erörtern.

Bisher sind die Bewegungen auf diesem Feld noch als zögerlich zu bezeichnen. Erste Vorschläge liegen vor. Es bedarf sicherlich zahlreicher Abstimmungen und Entscheidungen. Aber ich hoffe, dass sich hier in den kommenden Monaten sichtlich mehr tut. Von der Sache her sind wir mit den gemeinsamen Vereinbarungen organisatorisch ganz gewiss auf einem guten Weg.

Den Vereinbarungen liegt die Erkenntnis zugrunde, dass wir die Hauptschule trotz sinkender Schülerzahlen in allen Landesteilen als eigenständige Schulart erhalten müssen. Es werden jedoch nicht alle heute bestehenden Hauptschulstandorte erhalten bleiben können. An manchen Standorten werden wir dauerhaft sinnvolle Schulgrößen nur dann erreichen, wenn zwei oder mehrere Schulen zusammengeführt werden.

Ich möchte an dieser Stelle an Sie als Verantwortungsträger appellieren: Die Debatte wird vor Ort verständlicherweise im Blick darauf geführt, dass die weiterführende Schule am Ort neben allem anderen auch ein Standortfaktor ist. Bitte lassen Sie sich in Ihren Überlegungen aber entscheidend leiten davon, was Kinder und Jugendliche brauchen. Um sie geht es. *Ihnen* müssen wir die Bedingungen bieten, die *sie* für ihr erfolgreiches Lernen und Vorankommen benötigen.

Weiterentwicklung der Hauptschule

Die Schaffung zukunftsfähiger Schulstrukturen ist das eine. Das andere ist die inhaltliche und pädagogische Weiterentwicklung der Hauptschule. Mit unserem im vergangenen Jahr beschlossenen Maßnahmenpaket wollen wir dazu beitragen, die schulische Ausbildung der Hauptschülerinnen und Hauptschüler weiter zu verbessern und damit unserer Maxime der angemessenen Begleitung treu bleiben.

Die gesamte Hauptschulzeit wird geprägt sein von gezielter Förderung, Lernstandserhebung und Ausbildungsnähe. Unterstützt werden die Schulen dabei von den Pädagogischen Assistenten. Die ersten haben ihre Arbeit am 11. Februar aufgenommen.

In den Klassen 5 und 6 wird der Lernstand der Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Deutsch, Mathematik und Englisch ermittelt, um den gegebenenfalls notwendigen Förderbedarf festzulegen.

In Klasse 7 folgt – wir beginnen damit vor den Sommerferien – die Kompetenzanalyse. Ihre Resultate sind eine Grundlage für die Beurteilung der persönlichen Kompetenzen und die Berufsorientierung.

Die flächendeckende Einführung der Praxiszüge in den Klassen 8 und 9 wird neben zusätzlichen 305 Lehrerstellen die Ausbildungsfähigkeit der Hauptschülerinnen und Hauptschüler entscheidend verbessern. Außerdem wird das Projekt Schule und Be-

trieb ("SchuB"), ebenfalls flächendeckend für die Klassenstufen 8 und 9, gezielt auf die Anforderungen der betrieblichen Ausbildung vorbereiten.

Kooperation Hauptschule-Realschule

Rückläufige Schülerzahlen an den Hauptschulen sind das eine, was ich akzeptiere. Wichtiger ist jedoch, dass in den vergangenen Jahren immer mehr Schulabsolventen auf unterschiedlichen Wegen über alle allgemein bildenden Schulen und über die beruflichen Schulen höhere Abschlüsse erreicht haben. Das ist eine Erfolgsgeschichte! Da macht uns kein Land etwas vor! Uns ist es ernst mit den Aufstiegschancen auf allen Bildungswegen!

Meine Damen und Herren, nach meiner tiefen Überzeugung können nicht Strukturdebatten oder Standortdebatten der Maßstab unseres Handelns für Kinder und Jugendliche sein, sondern die Frage, wie wir jeden Einzelnen in seiner Individualität so gut wie möglich fördern. Mir ist gerade auch beim Besuch des Schulausschusses in Marseille vor 14 Tagen klar geworden, dass ein Bildungssystem unter der Vorgabe, Gleichheit zwischen den Kindern und Jugendlichen herzustellen, nur scheitern kann. Ziel muss vielmehr sein, jedem Jugendlichen die optimale Unterstützung zu geben, damit er seine Potenziale voll nutzen und entfalten kann.

Mit diesem Ziel vor Augen wollen wir neue und erweiterte Kooperationen zwischen Hauptschulen und Realschulen ermöglichen. Das ist wichtig, weil damit klar wird, was die vertiefte Zusammenarbeit der beiden Schularten bis hin zum gemeinsamen Unterricht nicht bringen darf: erstens einen Verzicht auf spezifische Förderkonzepte für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler und zweitens die Auflösung der sehr erfolgreichen und von Schülern und Eltern geschätzten Realschule.

Die gegenwärtige Situation könnte man wohl gut beschreiben als ein geregeltes Nebeneinander von Hauptschulen und Realschulen im Land. Die Schülerinnen und

Schüler werden entsprechend ihrer Bildungsgänge unterrichtet, haben aber ansonsten wenig Berührungspunkte.

An den 60 Standorten, an denen die beiden Schularten unter einem Dach in Schulverbänden zusammengefasst sind, ergeben sich schon eher Anknüpfungspunkte für Kooperationen. Diese beschränken sich aber in der Regel auf gemeinsame außerunterrichtliche Veranstaltungen, auf organisatorische Aspekte oder auf gemeinsame Projekte. Andererseits gibt es an viele Schulverbänden eine gemeinsame Schulleitung und bereits heute – pragmatisch vor Ort gehandhabt – einen Austausch von Lehrkräften.

Hier wollen wir nun etwas Neues beginnen: Im Rahmen eines Modellversuchs sollen sich Hauptschulen und Realschulen als Kooperationsschulen zusammenschließen und damit Kinder in den Klassen 5 und 6 gemeinsam unterrichten können: entweder indem Kindern aus dem Hauptschulbereich der Besuch des Realschulunterrichts in den Kernfächern Deutsch, Englisch und Mathematik offen steht oder sogar, indem in allen Fächern gemeinsam unterrichtet wird.

Das ist qualitativ ein großer Schritt in der Schulentwicklung und er muss mit großer Ernsthaftigkeit gegangen werden. Wir wollen auch bewusst zwei unterschiedliche Konzepte der intensiveren Kooperation ermöglichen, damit unterschiedliche Erfahrungen den Schulen und uns Orientierung geben. An den kooperierenden Schulen wird es liegen, ob sie eher die Einrichtung von Niveauekursen bevorzugen oder ob sie teilintegrativen Unterricht anbieten werden.

Mit dem Konzept der Niveauekurse können Hauptschüler bei vorhandener Eignung auch den Unterricht an der Realschule in einem, zwei oder allen Kernfächern besuchen und so testen, ob ein Wechsel der Schulart für sie wirklich zu schaffen ist.

Im teilintegrativen Unterricht werden die Schülerinnen mit Hauptschulempfehlung und mit Realschulempfehlung in der 5. und 6. Klasse gemeinsam den gleichen Unterricht besuchen. Dafür wurde vom Landesinstitut für Schulentwicklung ein gemeinsamer Kernplan mit differenzierenden Zusätzen auf der Grundlage der geltenden Bildungsstandards Hauptschule und Realschule erarbeitet.

Nur einfach das Türschild auszutauschen, das wäre ein sehr simpler und eben nicht vom Gedanken der Qualitätsentwicklung für beide beteiligten Schularten getragener Weg. Was auf die Schnelle gut klingt, bietet keine Gewähr für ein Gelingen. Die Anstrengung der gemeinsamen Arbeit am Schulkonzept und am Bildungsplan ist die Voraussetzung. Wir müssen die Grundlagen dafür legen, dass alle Schülerinnen und Schüler so gefördert werden können, dass sie zu ihrem Recht kommen – die schwächeren genauso wie die leistungsstarken.

Dies bedurfte sorgfältiger Vorbereitungen, die wir seit dem Herbst vergangenen Jahres betrieben haben. Wir haben zu Beginn des Schuljahres eine Arbeitsgruppe mit Praktikern aus den beteiligten Schularten, von Seiten der kommunalen Landesverbände, aus Wissenschaft und Schulverwaltung eingesetzt, die die schon skizzierten Modelle entworfen hat.

Die Bildungsplangrundlagen für den Modellversuch sind bereits fertig gestellt. Im Mai werden die Information und die Ausschreibung an die Schulen erfolgen. Wir werden dann den Schulen Zeit geben, damit sie sich selbst gründlich informieren, austauschen und vorbereiten können. Besonders wichtig ist mir eine umfassende Information der Eltern, damit Chancen deutlich werden und eine fundierte Entscheidung für Kooperationsklassen getroffen werden kann.

Das Schuljahr 2008/09 ist für diese Vorbereitung vorgesehen, der Kooperationsunterricht wird im Schuljahr 2009/2010 starten.

Wir wollen die beteiligten Schulen systematisch unterstützen – das Landesinstitut für Schulentwicklung wird die Begleitung und die Auswertung des Modellversuchs übernehmen, so dass die Erfahrungen auch für weitere Schulen fruchtbar werden. Auch vor diesem Hintergrund wollen wir zunächst mit einer überschaubaren Zahl von Schulen starten.

Meine Damen und Herren, dieser Modellversuch geht uns beide, Land und Kommunen, unmittelbar in unserer gemeinsamen Verantwortung für Schulen an.

Organisatorisch werden diese Erprobungen sicherlich mit dem geringsten Aufwand da zu verwirklichen sein, wo wir bereits Schulverbände haben. Doch wollen wir die Möglichkeit des gemeinsamen Unterrichts generell auch Schulen eröffnen, die räumlich nicht direkt beieinander liegen. So wird keine Region des Landes aus dieser Entwicklung ausgenommen.

Die Teilnahme an dem Modellversuch setzt dann eine enge Abstimmung der Schulen mit Ihnen als Schulträger und Ihre Mitwirkung voraus – wir werden dies in den Ausschreibungsunterlagen entsprechend deutlich machen.

Ich will aber deutlich sagen, dass es nicht zu einer Rückabwicklung der Realschulen in die Hauptschule kommt. Dazu sind unsere Realschulen mit ihrem Bildungskonzept zu erfolgreich und sie funktionieren nur ab einer bestimmten Größe. Realschülerinnen und Realschüler in kleiner Zahl an die vielen Hauptschulen zu verteilen wäre kein zielführendes Konzept – weder wenn es um die Qualität des Bildungsangebots, noch wenn es um den Erhalt gefährdeter Schulstandorte geht.

Ziel der Erprobung ist, die bisherige Kooperation qualitativ auszuweiten und verschiedene Bildungswege offen zu halten.

Genauso wichtig ist es zu erproben, wie es gelingen kann, die schwächeren Schülerinnen und Schüler der Hauptschulen auch in den künftig gemischten Klassen erfolgreich zu fördern.

Neben dem Modellversuch treiben wir die Umsetzung unseres umfassenden Maßnahmenpakets zur Stärkung der Hauptschulen weiter konsequent voran. Im Mittelpunkt steht, dass jedem Schüler ein seiner Begabung entsprechender Bildungsgang immer wieder neu eröffnet werden soll.

Ich bin davon überzeugt, dass sich dafür in der Kooperation zwischen Hauptschulen und Realschulen weitere gute und wichtige Impulse ergeben werden.

Damit das Bildungskonzept der Hauptschule auch in Zukunft Akzeptanz findet und Perspektive gibt, sind zwei Dinge unabdingbar:

Zum einen muss jeder Hauptschüler die Option auf eine mittlere Reife haben, ob an seiner Hauptschule, in der beruflichen Schule oder durch einen Wechsel auf die Realschule. Das wird nur gehen, wenn wir zu Hauptschulstandorten gelangen, die über genügend Schülerinnen und Schüler verfügen, so dass ein solch differenziertes Bildungsangebot organisiert werden kann. Ich bitte, das bei allen Planungen zu Schulstandorten zu berücksichtigen.

Zum anderen müssen alle Schulabgänger die Chance auf eine Berufsausbildung erhalten. Da sieht es bei uns heute schon viel besser aus als in Ländern mit zweigliedrigem oder mit Einheitsschulsystem.

Ich halte aber nichts davon, die Illusion zu verbreiten, als ob künftig alle Schülerinnen und Schüler auf jeden Fall die mittlere Reife erwerben. Das ist bildungspolitische Scharlatanerie, mit der nur die Abschlüsse entwertet werden.

Um die Kooperation intensiver voranzubringen, habe ich mit Wirkung vom 15. Februar 2008 die Zuständigkeit und Verantwortlichkeit für Hauptschulen und Realschulen in einem Referat meines Hauses zusammengefasst.

Partner berufliche Schulen

Auch die Kooperation mit den beruflichen Schulen wird weiterhin unverzichtbar sein. Hier sind in den vergangenen Jahren zahlreiche wertvolle Module entstanden, die sich bewährt haben und die nicht mehr wegzudenken sind.

Denken wir nur an die Kooperationsklassen. Die beruflichen Schulen können aufgrund ihrer differenzierten und zahlreichen Ausbildungsgänge weitere Perspektiven eröffnen und Bildungsbiografien auffangen. Das ist ihre Stärke.

Immerhin zwei Drittel unserer Jugendlichen durchlaufen einen Weg in der beruflichen Bildung und erreichen darüber nicht selten den nächst höheren Bildungsabschluss. Und es sind ein Drittel der baden-württembergischen Abiturienten, die ihre Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium ablegen. Wenn man die Fachhochschulreife einbezieht, so erwerben rund 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler ihre Studierfähigkeit an unseren beruflichen Schulen.

Achtjähriges Gymnasium

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlass noch ein paar Worte zum achtjährigen Gymnasium sagen: Beides, die Bildungsplanreform und die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums wurde und wird mit viel Engagement, pädagogischer Innovationsbereitschaft und Qualitätsbewusstsein an unseren Gymnasien umgesetzt.

Auch haben viele Schulen gute Lösungen gefunden, um das Maß an Nachmittagsunterricht und Hausaufgaben angemessen zu halten, etwa durch vermehrte Doppelstunden. Dennoch: Es gibt Klagen über Belastungen der Schülerinnen und Schüler in G 8

– und wir nehmen diese ernst. Deshalb haben wir bereits im Frühjahr 2006 nachgesteuert. Ich nenne hier

- die Empfehlung einer Wochenstundenzahl von 32 für die Klassen 5 und 6,
- die Kürzung der Anzahl der von der Schule frei einsetzbaren Poolstunden von zwölf auf zehn
- vor allem die Öffnung der Poolstunden für die Jahrgangsstufen 11 und 12
- sowie die Empfehlung, die Poolstunden nicht für einen erweiterten Fachunterricht, sondern für differenzierende Fördermaßnahmen zu verwenden.

Ich nenne auch die Freigabe der Einführung der 2. Fremdsprache bis spätestens Klasse 6.

Wir haben zudem seit September „Runde Tische“ organisiert, an denen sich Experten mit allen am Schulleben Beteiligten – auch mit Schülern und Eltern – über die bisherigen Erfahrungen mit den fachspezifischen Standards des Bildungsplans in den zentralen Fächern des Gymnasiums austauschen. Sollten sich weitere Nachsteuerungen als notwendig erweisen, werden wir diese zügig, aber überlegt und nicht vorschnell angehen.

Ich halte es für wesentlich, dass wir Belastungen, die zunehmend in Familien beklagt werden, reduzieren. Dabei handelt sich vor allem um die Situation an langen Schultagen, an denen die Kinder in den Abend hinein noch erhebliche Hausaufgaben mitbringen. Das ist keine ersprießliche Lernumgebung. Wertvoller sind sicher Phasen des selbstständigen Lernens, die in den Schultag integriert werden. Solche Abläufe werden ermöglicht werden. Aber das bedeutet nicht, dass alle Gymnasien Ganztagschulen werden.

Und eines ist auch klar: Wer bei uns das Abitur machen will, muss bereit sein sich anzustrengen und Leistung zu zeigen. Wer mit Klagen über das G 8 eine Rücknahme der Anforderungen für das Abitur nach den Kriterien der neuen Bildungspläne erreichen will, der wird sein Ziel nicht erreichen.

Längere gemeinsame Lernzeit

An der längeren Grundschulzeit entfachen sich immer wieder die Gemüter. Sie wird gerne als Patentrezept für eine qualitativ höherwertige Bildung angeführt. Im Alter von zehn, elf Jahren sind die unterschiedlichen Begabungen, Talente und Fähigkeiten jedoch bereits differenziert ausgeprägt.

Frühkindliche Bildung

Meine Damen und Herren, seit wir in Baden-Württemberg die frühkindliche Bildung in unsere Gesamtkonzeption eingegliedert haben, haben wir einen anderen Ansatz für eine längere gemeinsame Lernzeit: Sie beginnt früher. Ich sehe eine große Chance in der intensivierten Kooperation zwischen frühkindlicher Bildung und Primarbildung und in der Verzahnung der einzelnen Bildungskonzepte.

Der Orientierungsplan für Kindertageseinrichtungen ist so aufgebaut, dass der Bildungsplan der Grundschule nahtlos daran anknüpfen kann. Das Projekt „Schulreifes Kind“, das eine rechtzeitige zusätzliche Förderung bei Lern- und Entwicklungsdefiziten ermöglicht, wird in gemeinsamer Verantwortung und Begleitung von Erzieherinnen und Grundschullehrkräften durchgeführt.

Mit dem "Bildungshaus 3-10" gehen wir jetzt noch einen Schritt weiter und erproben an derzeit 23 Standorten im Land Konzeptionen des gemeinsamen Lernens von Kindergarten- und Grundschulkindern. Zehn weitere kommen demnächst dazu.

Gerade auf diesem Feld der frühkindlichen Bildung und des Übergangs in die Grundschule liegen wichtige Aufgaben, die Land und Kommunen gemeinsam mit den kirchlichen und freien Trägern zu schultern haben und die uns gemeinsam in die Verantwortung stellen.

Wir wissen, wie entscheidend es ist, Kinder frühzeitig zu fördern. Hier liegt der Schlüssel für die Entkoppelung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung und damit für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit für unsere Kinder.

Ganztagsschulen

Ein Instrument dazu können auch Ganztagsschulen sein, die ein wichtiges Feld unserer gemeinsamen Arbeit darstellen. Hier haben die Kommunen im Zuge des Ausbaus in den vergangenen Jahren wahrlich vieles auf den Weg gebracht und möglich gemacht. Den Einsatz der Träger und der Verantwortlichen vor Ort kann man nicht hoch genug schätzen.

Der Bau von Betreuungsräumen, Küchen, Mensen und die Bereitstellung der Betreuungsangebote waren und sind finanzielle Kraftakte für alle Beteiligten. Aber ich bin überzeugt, dass wir hier eine sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Kinder leisten.

Mittlerweile gibt es bereits 837 Ganztagsschulen im Land, davon sind 668 öffentlich. Mehr als 142.000 Schülerinnen und Schüler besuchten im vergangenen Schuljahr eine Ganztagsschule.

Wir werden in dieser und der nächsten Legislaturperiode schrittweise an etwa 40 Prozent der öffentlichen allgemein bildenden Schulen Ganztagsbetriebe einrichten. Unser Ziel ist es, ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Netz zu schaffen. Jedes Kind, jeder Jugendliche soll bei Bedarf die Möglichkeit haben, eine Ganztagschule zu besuchen.

Das Land unterstützt die Ganztagsschulen mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden, im laufenden Schuljahr in einem Umfang von 700 Deputaten. Vorgesehen ist, für die Ganztagsschulen im Endausbau Ressourcen im Umfang von rund 1.800 Deputaten

einzusetzen. Zusätzlich ergeben sich hier vielfältige und wertvolle Ansätze im Jugendbegleiterprogramm.

Die Stärke unserer Ganztagschulkonzeption ist ihre Vielseitigkeit. Sie kann auf die individuellen Bedürfnisse der Schulen eingehen und die jeweiligen Anforderungen aufgreifen. Sie kann ergänzend wirken zum Bildungs- und Erziehungsauftrag, sie kann Unterstützung leisten bei der Verbesserung der Startchancen für Ausbildung und Beruf.

Mit all dem schaffen wir nicht zuletzt auch eine wichtige Grundlage, die den veränderten Familienstrukturen Rechnung trägt und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.

Schluss

„Vernetzt denken und handeln – was Bildung braucht“ ist der heutige Bildungskongress überschrieben. Dieser Titel ist eine Aufforderung an alle Bildungsverantwortlichen.

„Was nicht zur Tat wird, hat keinen Wert“, zitieren die Präsidenten der Kommunalen Landesverbände den schwäbischen Pfarrer und Sozialreformer Gustav Werner in ihrem Grußwort zum heutigen Tag. Und ich ergänzen: Wir sind darauf angewiesen, dass dies in einem guten Zusammenspiel aller Beteiligten geschieht.

Bildung und Erziehung müssen als gesamtgesellschaftliche und gemeinsame Aufgabe verstanden und vorangetrieben werden. Im Mittelpunkt stehen unsere Kinder und Jugendlichen. Ihnen müssen wir das notwendige Handwerkszeug mitgeben, damit sie ihr Leben morgen gestalten und bewältigen können. Nicht zuletzt hängt davon auch die Zukunftssicherung unserer Gesellschaft ab.

Dafür sind wir auf ein weiteres gutes Miteinander angewiesen, das den Austausch pflegt, Verantwortung gemeinsam trägt und miteinander nach Wegen und Möglichkeiten sucht. Lokalen und regionalen Netzwerken wird dabei eine immer größere Bedeutung zukommen.

In der Ausgestaltung vor Ort wird es entscheidend auch auf die Einstellung, die Kreativität und die Kooperationsbereitschaft der Verantwortlichen ankommen. Ich wünsche allen, die daran mitwirken, eine gute Hand und ein erfolgreiches Tun.

Vom heutigen Kongress werden dafür sicherlich wichtige Impulse ausgehen. Der Veranstaltung wünsche ich daher gutes Gelingen und eine nachhaltige Wirkung.